Protokoll der 10. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, den 4. Juli 2012, 18.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz:	Gemeinderatspräsident Herbert Vetter
Namensaufruf:	36 anwesende Mitglieder
Entschuldigt:	Gemeinderatsmitglieder Markus Frei, Fredi Marty, Jürg Senn, Christoph Tschanen
Mitanwesend:	5 Stadtratsmitglieder
Sekretär:	Jost Kuoni

- - -

Traktanden:

49 Mitteilungen

50 Stadtbus Frauenfeld; Anpassung der Tarife für die Lokalzone 21, Frauenfeld/Gachnang, ab 9. Dezember 2012; Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

51 Interpellation Gemeinderat Peter Hausammann betreffend "Transparente und klare Abschreibungspraxis"; Stellungnahme, eventuell Diskussion

- - -

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer Juli-Sitzung.

Der Pokal wurde in Kiev übergeben, ob den Richtigen oder den Falschen, das sei dahingestellt. Am Turnfest auf der Kleinen Allmend wurde geturnt, gefeiert sowie den Siegerinnen und Siegern die Medaillen umgehängt. Somit kann ich mein Versprechen - eine Sitzung ohne Fussball - genau ab jetzt einhalten.

Ich freue mich auch, heute in unserem Kreis zwei neue Ratsmitglieder zu Ihrer ersten Sitzung begrüssen zu dürfen. Herzlich willkommen, Gemeinderätin Sandra Kern und Gemeinderat Christian Wälchli. Ich wünsche Euch viel Erfolg bei Eurem Mitwirken für das Gemeinwohl und freue mich auf Euer Engagement in unserem Rat."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 36 Ratsmitglieder anwesend sind. Das absolute Mehr liegt bei 19. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements ist der Rat somit beschlussfähig.

Der **Ratspräsident** weist im Weiteren darauf hin, dass Gemeinderat Lukas Hefti um 19.00 Uhr noch eine andere wichtige Verpflichtung wahrnehmen muss und - sofern die Sitzung noch andauert - diese frühzeitig verlassen muss.

Im Weiteren hält der **Ratspräsident** fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Er stellt die Tagesordnung zur Diskussion. Diese wird nicht gewünscht und somit gelten die Traktanden als stillschweigend genehmigt.

49

Mitteilungen

49.1 Neuer Präsident der Fraktion CH/Grüne/GLP

Durch den Rücktritt von Brigitt Bohner aus dem Rat wurde die Neubesetzung des Fraktionspräsidiums der Fraktion CH/GP/GLP nötig. Die Fraktion hat Gemeinderat Christian Schmid in dieses Amt gewählt. Der **Ratspräsident** gratuliert diesem herzlich.

49.2 Treffen der Thurgauer Gemeindeparlamente vom 31. August 2012 in Kreuzlingen

Da nur wenige Rückmeldungen in Kreuzlingen eingegangen sind, bittet der **Ratspräsident** alle, die teilnehmen können, sich noch anzumelden. Es wäre schön, wenn das Frauenfelder Parlament gut vertreten wäre.

49.3 Sportliches

Am 24. August 2012 um 18.30 Uhr findet auf der Kleinen Allmend das Fussballderby Gemeinderat gegen Stadtverwaltung statt. Die entsprechende Einladung haben die Ratsmitglieder bereits erhalten. Das Team freut sich sicherlich auf die laute Unterstützung.

Tags darauf, am 25. August 2012, findet in Frauenfeld der traditionelle Stadtlauf statt. Gemeinderat Andreas Elliker freut sich auf möglichst viele Läuferinnen und Läufer aus unserem Rat.

49.4 Gemeinderatsausflug

Der langersehnte Gemeinderatsausflug findet nun definitiv am Freitag 28. September 2012 statt. Genaue Informationen mit definitiver Anmeldung folgen. Der **Ratspräsident** darf aber bereits heute ein Highlight des Ausflugs ankündigen. Unter anderem wird das Infrastrukturprojekt "Durchmesserlinie" im bzw. unter dem Bahnhof Zürich besichtigt werden.

Um die Teilnehmerzahl in etwa abschätzen zu können, werden die Ratsmitglieder gebeten ihre Agenda zu konsultieren, ob ihnen der oben erwähnte Termin von Mittag bis und mit Abend passt. Alle Ratsmitglieder, denen dieser Termin gehen sollte, werden gebeten, sich von den Sitzen zu erheben, damit das Büro zählen kann.

Als Ergebnis resultiert, dass aufgrund des heutigen Standes 19 Ratsmitglieder teilnehmen können.

49.5 Ausfall der Ratssitzung vom 22. August 2012

Die Gemeinderatssitzung vom 22. August 2012 fällt mangels Geschäften aus.

49.6 Unterlagen

Auf den Tischen der Ratsmitglieder liegen noch nachstehende Unterlagen auf:

- Um das Sommerloch etwas überbrücken zu können, liegt die Einladung zur 1. Augustfeier im Alterszentrum Park auf. Die Ratsmitglieder sind dazu alle ganz herzlich eingeladen.

- Im Weiteren liegen noch die neue Sitzordnung, die aktuelle Adressliste des Rates sowie der druckfrische Geschäftsbericht 2011 auf.

50

Stadtbus Frauenfeld; Anpassung der Tarife für die Lokalzone 21, Frauenfeld/Gachnang, ab 9. Dezember 2012

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 12 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 15. Mai 2012 mit Anhang Tariftabelle Ostwind, Teil Lokalzone 21: Tarife 2012 und Tarifmassnahmen ab 9. Dezember 2012)

Einleitend bittet der **Ratspräsident** bei der Behandlung dieses Geschäftes darauf zu achten, dass die Rededauer von zehn Minuten eingehalten wird und die Eintretensvoten sauber von der materiellen Beratung getrennt werden.

Eintreten

Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Die Tarifveränderungen können wie folgt beschrieben werden:

- Einzelbillettpreise werden um 10 Rappen erhöht. Die Kinderbillette werden einfachheitshalber bei 1 Franken belassen.
- Beim Kauf einer Mehrfahrtenkarte wird künftig eine halbe, statt eine ganze Fahrt geschenkt.
- Bei Monatsabos beträgt die Erhöhung rund 6,7%.
- Die Jahresabos werden so angepasst, dass die heutigen Subventionierungskosten gleich bleiben.
- Bei den Senioren sind die Veränderungen natürlich grösser, da die bisherigen Vergünstigungen per 2013 wegfallen.

Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Botschaft Nr. 4 vom 2. August 2011 bereits letztes Jahr über Tarifanpassungen diskutiert. Einzelne Kategorien wurden angepasst. Der Stadtrat erhielt die Kompetenz, im Dezember 2012 die Tarife für die Monats- und Jahresabos der Senioren zu erhöhen, damit in einem zweiten Schritt nach 2011 die Preisdifferenz zu den normalen Abos ganz aufgehoben wird.

Wir hatten letztes Jahr festgestellt, dass vergünstigte Tarife für Senioren im heutigen Umfeld nicht berechtigt sind. Die diesbezüglichen Abo-Preiserhöhungen für Senioren wurden vom Gemeinderat also schon 2011 per Dezember 2012 bewilligt - sogar eine zusätzliche Erhöhung im Rahmen einer kleinen Steigerung hätte der Stadtrat selbständig veranlassen können.

2012 finden nun aber gesamtschweizerisch markante Tariferhöhungen im ÖV statt. Entsprechend hat der Stadtrat die hier nun vorliegende Botschaft an den Gemeinderat erstellt, um die höheren Tarife per Dezember 2012 genehmigen zu lassen. Tatsache ist, dass wir mit dem Beitritt zum Ostwind die Tarifhoheit grundsätzlich aufgegeben haben. Wenn wir weniger als den vorgesehenen Tarif einziehen, müssen wir die Differenz übernehmen.

Entscheidend für die Höhe der zu bezahlenden Subventionen sind:

1. die Preisdifferenzen pro Billet-Kategorie;

2. der Mix der Fahrausweise, der in offiziellen Erhebungen ermittelt wird;

3. die dabei ebenfalls erhobene Anzahl Passagiere.

Mit den vom Stadtrat vorgeschlagenen Tarifanpassungen beträgt die Subvention noch 121'500 Franken für Frauenfeld. Unveränderte Tarife würden eine Subvention von 202'000 Franken verursachen.

Bei den normalen Jahresabos wird der Subventionsbeitrag der Stadt unverändert belassen. Die Subventionierung der Jahresabos ist gerechtfertigt, damit die treuen und regelmässigen Stadtbusbenützer vermehrt belohnt werden.

Nach Ansicht der GPK ist der höhere Faktor bei Mehrfahrtenkarten gerechtfertigt. Sie sollen primär eine Vereinfachung und nicht eine Verbilligung bewirken. Die Reduktion der Verbilligung auf eine halbe Fahrt pro sechs Fahrten scheint uns deshalb gerechtfertigt. Mehr Sicherheit ist auch im Interesse jedes Einzelnen.

Die ÖV-Kommission und im 2011 der Gemeinderat hatten bisher festgelegt, dass die Subventionsschere gegenüber dem Ostwind tendenziell eher geschlossen als ausgebaut werden soll. Unsere GPK ist mehrheitlich auch jetzt noch dieser Meinung.

Es wurden jedoch Argumente gegen die Tariferhöhung besprochen, die ich Ihnen hier vorstellen möchte:

- Die Tariferhöhung widerspricht dem stadträtlichen Legislaturschwerpunkt: Frauenfeld als 'Stadtbus-Pionierstadt'.

- Wenn höhere Preise weniger Busbenutzung bedeuten, führt dies zu mehr Verkehr. Das wäre ein Widerspruch zur angestrebten Entlastung der Innenstadt vom Privatverkehr - trifft aber nur zu, wenn der Preis *das* entscheidende Element ist.

- Mehrfahrtenkarten erleichtern, insbesondere für ältere Personen, das Handling im Bus. Deren Verkauf sollte gefördert werden. Teilweise werden sie wegen Verlust oder Verfall nicht voll ausgenützt, weshalb vereinzelt nicht als notwendig erachtet wurde, für die Mehrfahrtenkarten wirklich *mehr* zu verlangen.

- Beim Generalabonnement der SBB hat man als Senior noch Vergünstigungen. In diesem Jahr ist eine Minderheit der GPK nun nicht mehr der Meinung, dass die Ermässigungen

bei den Senioren wegfallen sollen. Die Gründe gegen eine Erhöhung bei den Senioren wurden in der GPK besprochen. Es waren mehrheitlich die gleichen wie 2011:

- Den Tariferhöhungen stehen keine Rentenerhöhungen gegenüber.
- Vermutlich fahren ältere Personen seltener in Stosszeiten - es gibt dazu aber keine Statistiken.
- Möglicherweise fahren ältere Leute durchschnittlich weniger mit dem Bus - auch dies ist aber nicht verifiziert.
- Das Unfallrisiko erhöht sich, wenn ältere Leute Einzelbillette kaufen bzw. die Mehrfahrtenkarten abstempeln müssen.
- Allenfalls tragen günstige Fahrpreise beim Stadtbus auch dazu bei, dass ältere Personen auf das Auto- bzw. Velofahren verzichten oder dieses mindestens einschränken. Somit wird das Unfallrisiko mit jenen Verkehrsmitteln reduziert. Diese Aussage gilt aber natürlich bei Verkehrsteilnehmern in jedem Alter.

Die verschiedenen Erwägungen sind nicht neu. Bis anhin haben Stadt- und Gemeinderat bei Botschaften dieser Art in der Regel daran festgehalten, dass die Subventionsschere weiter geschlossen und nicht noch mehr geöffnet wird.

Tendenziell ist es auch so, dass der ÖV permanent teurer wird, weil er eben ständig ausgebaut und den Bedürfnissen angepasst wird. Frauenfeld hat ein gutes Angebot. Im Übrigen ist der ÖV bei weitem nicht kostendeckend, und es werden riesige Subventionssummen in diesem Bereich gesprochen.

Wenn wir die Erhöhungen anschauen, sehen wir, dass die Kosten pro Fahrt schlussendlich nicht stark steigen. In Prozenten ist es dann eben wegen den kleinen Ausgangszahlen viel. Bisher konnte von grossen Vergünstigungen profitiert werden.

Trotz der verschiedenen erwähnten Gegenargumente erachtet die Mehrheit der GPK die beantragte Tarifanpassung als absolut richtig. Die Abstimmung in der GPK ergab folgendes Ergebnis: Den Anträgen wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Ich bitte Euch im Namen der GPK den Anträgen ebenfalls zuzustimmen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Peter Wildberger: "Zu einem guten Funktionieren einer Stadt braucht es eine gute Infrastruktur mit einem gut funktionierenden öffentlichen Verkehr. Dies ist wichtig für die Wirtschaft und die Standortgunst und so schreibt auch der Stadtrat in seinen Legislaturschwerpunkten - ich zitiere: '*Als Stadtbus-Pionierstadt will Frauenfeld auch künftig ein attraktives Angebot im öffentlichen Verkehr bereitstellen*'. Zur Attraktivität gehören Preise, die akzeptiert werden und bezahlbar bleiben. Momentan ist die Teuerung um Null. Deshalb sind auch Lohn- oder Rentenerhöhungen nicht in Sicht, ja Rentenkürzungen im überobligatorischen Teil sind notwendig. Die Tariferhöhungen im letzten Dezember haben wir mitgetra-

gen. Nach den geänderten Rahmenbedingungen - Stichwort beginnende Deflation - ist bezüglich Tariferhöhungen ein Marschhalt geboten, damit das Fuder nicht überladen wird sowie die Akzeptanz sinkt und weil ja nächstes oder übernächstes Jahr erneute Tarifanpassungen im Zusammenhang mit dem Zürcher Verkehrsverbund vorgesehen sind. Für den Stadtbus sollten auch die Trasseepreise der SBB keine Rolle spielen.

Für den motorisierten Privatverkehr zahlen wir im Bereich Bau und Unterhalt unserer Gemeindestrassen jedes Jahr viele Mio. Franken aus Steuergeldern. Da sollten die knapp 90'000 Franken für den Stadtbus als Differenz für eine nun abzulehnende Tariferhöhung schon noch drin liegen.

Die Fraktion der CH/Grünen/GLP wird in der materiellen Beratung eine erneute Tariferhöhung in allen Punkten ablehnen."

Gemeinderat Michael Lerch: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Die Vorlage wurde Ihnen durch meine Vorredner bzw. dem Sprecher der GPK Finanzen und Administration näher gebracht. Somit beschränke ich mich darauf, Ihnen mitzuteilen, dass die Fraktion FDP/SVP/EDU einstimmig für das Eintreten auf diese Vorlage ist. Ich melde mich anschliessend wieder."

Gemeinderat Lukas Hefti: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso.

Das Eintreten zu diesem Geschäft war in unserer Fraktion keineswegs unbestritten. Unserer Meinung nach wurden wesentliche Parameter geändert und der Vorbehalt, unter dem wir letzten Sommer den zwei Tarifschritten zugestimmt hatten, wurde nicht eingehalten - aber dazu mehr in der materiellen Beratung.

Die Fraktion SP/GWB/Juso hat trotzdem Eintreten zu diesem Geschäft beschlossen."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Die Fraktion CVP/EVP beantragt Ihnen einstimmig auf die Vorlage einzutreten und wird sich in der materiellen Beratung zu verschiedenen Punkten äussern."

Nachdem das Wort zum Eintreten nicht mehr gewünscht wird, stellt der **Ratspräsident** fest, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Peter Wildberger: "Ein Stadtbus funktioniert umso besser und unfallfreier, je rascher die Passagiere einsteigen und sofort absitzen können. Dies wird erreicht, indem möglichst wenige Leute Einzeltickets am Automaten kaufen oder Mehrfahrtenkarten im Bus ab-

knipsen. Beim Bahnfahren spielt dies viel weniger eine Rolle. Mit den vorgeschlagenen Tariferhöhungen bei den Monats- und Jahresabos von bis zu 27% und bei den Mehrfahrtenkarten wird es viel mehr Verzögerungen durch Kauf von Einzeltickets geben. Die Folge sind Verspätungen, Fahrplaninstabilität, vermehrt Unfälle im Bus, Behinderung und Gefährdung des Privatverkehrs, da länger hinter haltenden Bussen gewartet werden muss. Der Stress der Busfahrer wird zunehmen, die Folge: noch hektischere Fahrweise. Zusätzlich werden die Busse noch behindert durch zusätzlichen Verkehr, da einige Personen, vor allem ältere Leute, vom Bus aufs Auto oder Velo umsteigen werden. Das vom Stadtrat deklarierte Ziel, die Stadt vom Verkehr zu entlasten, wird dadurch torpediert. Die vorgeschlagenen Tariferhöhungen sind deshalb im Interesse eines möglichst reibungslosen Betriebes des Stadtbusses abzulehnen.

Zu den Vergünstigungen für Senioren, die aus verschiedenen Gründen gerechtfertigt sind: Vorerst möchte ich anmerken, dass die Aussage auf Seite 2, oben, in der Botschaft falsch ist, die nationale Regelung (SBB) kenne keine Ermässigung für Senioren. Die SBB gewähren allen Senioren auch ab nächstem Fahrplanwechsel auf Generalabonnementen 24%, für Partner sogar 30%. Auch für Reisende mit Behinderung geben die SBB 34% Ermässigung. Eine Ermässigung ist auch betriebswirtschaftlich gerechtfertigt, da Senioren kaum oder weniger in den Stosszeiten fahren und deshalb die Auslastung in den verkehrsarmen Zeiten verbessern. Auch mögen Senioren häufiger krank sein und können dann den Bus mit ihrem Auto gar nicht benutzen. Am meisten wiegt jedoch, dass ältere Leute beim Einzelbillette kaufen oder Abo knipsen, langsamer und höchst unfallgefährdet sind, was sich in viel Leid, Kosten und hohen Versicherungsprämien beim Bus auswirkt. Solche Stadtbusunfälle habe ich in meiner Arztpraxis wirklich häufig gesehen.

Auch das immer wieder vorgebrachte Argument des Giesskannenprinzips und ältere Leute seien ja reich, lassen wir nicht gelten. Begüterte ältere Leute benutzen oft das Generalabonnement oder das Auto und werden deshalb weniger Busabonnemente kaufen als weniger Begüterte, und diese gibt es in unserer Stadt auch unter Seniorinnen und Senioren.

Eines möchte ich zuhanden des Protokolls noch klar stellen. Wenn wir jetzt die Anträge ablehnen, verfällt auch die im letzten Herbst vom Gemeinde- an den Stadtrat erteilte Kompetenz, auf den Dezember 2012 Abonnementstarife anzupassen, da diese ausdrücklich nur gegeben wurde, wenn der Tarifverbund Ostwind seine Tarifanpassungen '*in der erwähnten Grössenordnung*' realisiert.

Ich bitte Sie, im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP alle Anträge abzulehnen."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion.

Mit Botschaft vom 2. August 2011 hat der Gemeinderat einzelne Tarif-Kategorien für den Stadtbus angepasst. Gleichzeitig hat sich der Stadtrat vom Gemeinderat die Kompetenz geben lassen, ab Dezember 2011 die Tarife für die Monats- und Jahresabonnemente zu erhöhen. Die Kompetenzerteilung hat unter dem Vorbehalt gestanden, dass die Tarifanpassungen des Tarifverbunds Ostwind für das Jahr 2013 in der damals angenommenen Grössenordnung ausfallen wird. Das ist jetzt anders gekommen - die Ostwind-Tariferhöhungen sind wegen der vom Bund erhöhten Trasseepreise für die Bahn wuchtiger ausgefallen. Das führt seit der Gleichstellung der Fahrplan-Kategorie 'Senioren' mit jener von den 'Erwachsenen' bei unse-

ren Rentnern zu einer Preiserhöhung um 12 Franken auf 63 Franken beim Monats- bzw. um 101 Franken auf 474 Franken beim Jahresabonnement. Das ist happig.

Fahrpreiserhöhungen im ÖV sind immer kritisch zu sehen. Dass der Bund die Trasseepreise und die SBB die Abo-Preise massiv erhöhen, widerspricht dem Fördergedanken des ÖV massiv.

Es ist auch etwas ungewöhnlich, wenn der Stadtrat in seiner Botschaft schreiben muss, dass mit dem Beitritt zum Tarifverbund Ostschweiz die Tarifhoheit der Stadt Frauenfeld über den Stadtbus weitgehend verloren gegangen ist. Die Stadt kann also nur noch bestimmen, ob sie innerhalb der Lokalzone einzelne Fahrausweiskategorien subventionieren will. Das heisst, wenn wir unsere Autonomie zurück haben wollen, muss die Frage 'Mitgliedschaft Tarifverbund' neu auf den Tisch. Das hat aber mit der heutigen Vorlage nichts zu tun.

Trotz den aufgeführten Bemerkungen stimmen wir von der CVP/EVP-Fraktion der vom Stadtrat beantragten Anpassungen der Tarife gemäss Botschaft zu und begründen dies wie folgt:

- Die höheren Tarife sind nicht das Hauptproblem für den Stadtbus. Es sind dies Fahrplansicherheit und der Stress fürs Personal durch Stau, Linienführung und Takt.

- Die finanzielle Mehrbelastung für die Senioren ist zwar happig, aber nach Abwägung der Vor- und Nachteile vertretbar. Sozial viel sensibler sind die Fahrpreise für die Familien. Diese sollten wir ins Visier nehmen - und nicht die Rentner.

- Wenn wir es in absehbarer Zukunft schaffen, vom heute 14-stufigen Tarifmodell auf ein einfaches und praktikables zu kommen, dürfte dies allen Beteiligten dienen.

- Wir begrüssen die Absicht des Stadtrates, die 'Kostenschere' bei der Subventionierung nicht weiter auseinander klaffen zu lassen.

In diesem Sinne sind wir von CVP/-Fraktion einstimmig für diese Vorlage. Ich danke Ihnen für die Unterstützung."

Gemeinderat Lukas Hefti: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso und möchte dort anknüpfen, wo ich vorhin aufgehört habe.

Wir sind uns sehr bewusst, dass wir die Autonomie der Preisgestaltung im *unserem* lokalen öffentlichen Verkehr mit dem Beitritt zum Tarifverbund Ostwind weitgehend verloren haben. Die Vorteile und Kundenfreundlichkeit von Verbundbilleten sind, denke ich, unbestritten. Es ist uns auch bewusst, dass wir mit individuellen Preisanpassungen und Vergünstigungen in 'unserer Zone' im Tarifverbund keine Freunde gewinnen. Wir haben schon gar nicht die Absicht, unseren Verhandlungspartner in schwierige Situationen zu bringen, indem wir ihn mit immer wieder neuen Bedingungen, Preismodellen und Extrawürsten zum Vorsprechen beim Tarifverbund schicken.

Vor einem Jahr waren wir bereit, die Tariferhöhungen mitzutragen. Sie erinnern sich an die Worte meines Fraktionskollegen Frei: '*Wir sind nicht glücklich*' und das trifft auch heute zu. Der Nachhall seiner Worte war wohl Monate später schon zu leise geworden, als sich der

Stadtrat wieder über Tariferhöhungen beriet. Wir wollen eine Stadt mit aktiver Förderung im öffentlichen Verkehr und das in den Bereichen Fahrplan, Netz und Preise. Insbesondere für Senioren sollen Monats- und Jahresabonnemente zu attraktiven Preisen angeboten werden, so dass wenigstens der Stressfaktor des Einzelbilletkaufs bei der Benutzung des ÖV wegfällt, wie das Kollege Wildberger schon angesprochen hat.

Wir finden Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr nachvollziehbar, aber dieser Brocken ist wirklich zu gross zum Schlucken. Wie schon erwähnt, hatten wir unglücklich und unter Vorbehalt einer weiteren Preiserhöhung zugestimmt. Der Umfang dieser Preiserhöhungen um mehr als 20% ist für uns aber nicht tragbar.

Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso die beiden Anträge einstimmig ab."

Gemeinderat Michael Lerch: "Ich spreche immer noch im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Fraktion einstimmig den Anträgen der stadträtlichen Botschaft Nr. 12 zustimmen wird.

Was waren die Gründe der Fraktion, um zu diesem klaren Entscheid zu gelangen?

1. Im Grundsatz hat unser Rat bereits am 21.09.2011 in praktisch derselben Zusammensetzung wie heute - ich meine die personelle Zusammensetzung - einstimmig den Tarifanpassungen beim Seniorentarif zugestimmt. Wir sind der Meinung, dass sich die Verhältnisse seit dem letzten September nicht grundlegend geändert haben. Wenn wir heute die Tarifanpassungen ablehnen, macht der Rat eine 180-Grad-Wende und dann fragt man sich, wo die Verlässlichkeit der Politik bleibt.

2. Die Abweichungen, welche jetzt in der Botschaft erwähnt sind, weichen nicht gravierend von den durch diesen Rat beschlossenen Tarifen ab. Fakt ist, dass die Tarife im öffentlichen Verkehr generell (nicht nur im Ostwindgebiet) angepasst werden und zwar in einem Umfang, welcher im Jahr 2011 noch nicht bekannt war. Selbstverständlich kann unser Rat heute beschliessen, dass wir die Subventionen um gut 80'000 Franken erhöhen wollen. Die Frage stellt sich einfach, ob wir dadurch den öffentlichen Verkehr wirklich fördern. Wir wagen dies zu bezweifeln, denn wird nach einer Kaffeepreiserhöhung um 10 Rappen weniger Kaffee getrunken? Vielleicht während den ersten zwei Wochen, und anschliessend hat man sich daran gewöhnt und trinkt wieder gleich viel Kaffee. Seine Lebensgewohnheiten ändert man deswegen nicht.

3. Wenn wir der heute vorliegenden Anpassung nicht zustimmen werden, dann gibt es in Zukunft innerhalb der Tarifzone 21 zwei unterschiedliche Tarife und zwar, weil die Gemeinde Gachnang, welche sich auch in der Tarifzone 21 befindet, gemäss meinen Informationen, die Tariferhöhungen, wie sie uns gemäss stadträtlicher Botschaft vorliegen, umsetzen wird, auch wenn unser Rat dies ablehnen würde. Es ist zu befürchten, dass dies zusätzliche Probleme und wahrscheinlich auch Kosten auslösen würde.

4. Ob jemand den öffentlichen Verkehr regelmässig nutzt oder eben nicht, ist ein individueller Entscheid einer Person. Wenn jeder eigenverantwortlich handelt und sich auch immer wieder die Frage stellt, welches Verkehrsmittel ist für das aktuelle Vorhaben das Richtige,

dann wird, wenn die Person ehrlich mit sich selbst ist, in vielen Fällen das Velo, der Bus oder die Füsse der Entscheid sein. Vor Jahren war der Spruch 'Der Aufschwung beginnt im Kopf' in aller Munde - dies als wir uns in einer Wirtschaftskrise befanden. Vielleicht müsste man eine neue Kampagne starten, mit dem Titel 'Der Umstieg auf den ÖV beginnt im Kopf'. Ich bin überzeugt, dass wir so mehr Leute auf den öffentlichen Verkehr bringen, als wenn diese Tariferhöhung abgelehnt wird.

5. Aus Sicht unserer Fraktion würde der Stadtbus Frauenfeld attraktiver, wenn das gesamte Fahrpersonal stets freundlich sowie der Fahrstil der Chauffeure sanfter und wenig ruckartig wäre. Wir stellten fest, dass zahlreiche Personen vom Fahrpersonal bereits so unterwegs sind, aber leider noch nicht alle. Wir sind uns bewusst, dass es im dichten Stadtverkehr mit dem engen Fahrplan nicht immer möglich ist, dies umzusetzen. Diverse Personen vom Fahrpersonal zeigen aber, dass es auch dann möglich ist. Wir sind überzeugt, dass wenn die älteren Bewohner von Frauenfeld erfahren, dass sich beim Bus in Bezug auf Fahrweise und Freundlichkeit eine Verbesserung ergeben hat, diese Personen auch wieder öfters den Bus nutzen werden und zwar ungeachtet, ob mit oder ohne Tariferhöhung.

Zum Schluss bitte ich Sie im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU, den beiden Anträgen der stadträtlichen Botschaft Nr.12 zuzustimmen."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Preiserhöhungen sind nie beliebt und dürfen nur bei wirklichem Bedarf erfolgen. Zu bedenken gilt bei den Bus- und Bahntarifen, dass der ÖV im Verhältnis zum Kostenaufwand immer noch sehr günstig ist und der Konsument einen stetigen Ausbau fordert. - So kommen die Tariferhöhungen der SBB und die Anpassungen des Tarifverbunds Ostschweiz nicht unerwartet.

Dass mit der Stadtbustariferhöhung gleichzeitig die Seniorenrabatte ganz aufgehoben werden sollen, hat mich im ersten Moment auch vor den Kopf gestossen. Besonders Rentner sind auf den öffentlichen Verkehr angewiesen und nutzen ihn meist rege. Wie schon von meinen Vorrednern erwähnt, haben wir die Aufhebung der Vergünstigungen bei den Seniorentarifen in zwei Schritten jedoch bereits in der Gemeinderatsdebatte im September 2011 einstimmig beschlossen. Ich blase in das ähnliche Horn, wie es Michael Lerch schon erwähnt hat.

Weit entscheidender - und da bin ich überzeugt - als der Billettpreis ist jedoch für die heutigen, meist finanziell gut gestellten Rentner ein entsprechender Service. Am öffentlichen Workshop zum Alterskonzept vom 15.Juni wurde jedoch gleich aus drei Arbeitsgruppen - und das unabhängig voneinander -, das rücksichtslose Fahrverhalten einzelner Buschauffeure und Buschauffeusen gerügt und das, obwohl schon in der letztjährigen Fragestunde im Gemeinderat genau dieses ruppige Fahrverhalten angeprangert wurde. Wie in allen Berufsgattungen gibt es auch bei den Buschauffeuren und Buschauffeusen unterschiedliche Charakteren und unterschiedliche Leistungen. Ich denke, es ist die Mehrheit der Chauffeure und Chauffeusen, die sich freundlich um ihre Kundschaft bemüht. Doch auffallend ist, dass genau diese freundlichen Chauffeure und Chauffeusen bald wieder verschwinden und dafür einzelne langjährige, mürrische Chauffeure und leider auch Chauffeusen an Haltestellen häufig blind losfahren, obwohl sich zum Beispiel noch ein Gast vor der Türe befindet oder eben vor allem, bevor ältere, gehbehinderte Passagiere auf ihrem Sitzplatz in Sicherheit sind. Es sind auch die gleichen Chauffeure, die regelmässig gegenüber Autos den Vortritt erzwingen.

- Solches Verhalten kann vielleicht in den frühen Morgenstunden, wenn Zugsanschlüsse erreicht werden müssen, nachvollzogen werden. Die Busfahrzeiten sind knapp bemessen. Aber tagsüber oder bei den Sammelkursen am Abend darf der Passagier mehr Rücksicht erwarten. Bei den letzten Sammelkursen gibt es zudem überhaupt keinen Grund, Zugsanschlüsse, zum Beispiel von Zürich, nicht abzuwarten und vielleicht zwei Minuten später loszufahren. Zu dieser Zeit, wo nur noch wenige Passagiere ein- und aussteigen, könnten die wenigen Minuten unterwegs leicht wieder aufgeholt werden.

Meine Forderungen sind deshalb: Die Buschauffeure und Buschauffeusen müssen besser geschult, von zivilen Inspektoren vermehrt kontrolliert und im Einzelfall notwendige Massnahmen ergriffen werden. *Es kann wirklich nicht sein, dass der öffentliche Verkehr in Frauenfeld für die Passagiere immer teurer und der Service immer schlechter wird!* - Gleichzeitig fordere ich auch die Passagiere auf, Zivilcourage zu zeigen und nicht nur die Faust im Sack zu machen, sondern auffälliges Fehlverhalten von Buschauffeuren oder -chauffeusen mit Busnummer und genauer Zeitangabe dem Stadtrat zu melden. Gleichzeitig danke ich allen freundlichen Buschauffeuren und Buschauffeusen für ihre Geduld und ihren Einsatz! Danke."

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich gestatte mir zunächst zur Anregung von Gemeinderätin Verena Herzog und auch Gemeinderat Michael Lerch betreffend rücksichtslosen Fahren Stellung zu nehmen und nachher generell auf die einzelnen Voten einzugehen.

Die Kritik aus dem Generationen-Workshop, Gemeinderätin Herzog, ist auch auf einem anderen Weg, nämlich über meine Kollegin Elsbeth Aepli Stettler, zu mir gelangt. Ich muss Ihnen sagen, wir nehmen diese Kritiken sehr ernst. Leider muss ich auch sagen, dass diese für uns nicht neu sind.

Es wurden in der Vergangenheit bereits diverse Massnahmen eingeleitet und umgesetzt. So sind insbesondere Kenntnisschulungen der Chauffeusen und Chauffeure erfolgt. Es sind Fahrtrainings durchgeführt worden, eben erst kürzlich oder auch aktuell mit den neuen Hybridbussen. Sie haben aber auch mehrfach erwähnt, dass es grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Fahrzeugführerinnen und -führern gibt und zwar von extrem freundlich und extrem ruhiger Fahrweise bis hin zu ziemlich ruppigen Fahrstil. Leider muss ich feststellen, dass die getroffenen Massnahmen ihre Ziele noch nicht erreicht haben und ich will diese berechtigte Kritik nicht in Abrede stellen oder sie schönreden. Sicher - und das wurde auch gesagt - ist der extrem enge Fahrplan in Stosszeiten eine Hauptursache für die ruppige Fahrweise, aber keineswegs die einzige.

Ich möchte kurz darlegen, wie der Stadtrat in diesem Fall agiert. Seit Jahrzehnten ist im Betriebsvertrag, den wir mit den jeweiligen Transportunternehmen abgeschlossen haben, alle zwei Jahre eine Kundenbefragung vorgesehen, die sehr direkt mit einer Bonuszahlung verbunden ist. Diese Kundenbefragung wurde letztmals 2010 durchgeführt. 400 Fragebogen wurden versandt, mit einer Rücklaufquote von 72,5%. Es werden jeweils zwei Indizes erhoben, nämlich eine für die Stadtbusverwaltung und eine für das Transportunternehmen, spezifisch auf das Fahrverhalten der Chauffeusen und Chauffeure. Es ist dabei herausgekommen, dass insbesondere die Kenntnisse des Fahrers und der angenehme Fahrstil bei den befragten Personen die höchste Wichtigkeit aufweisen. Diese beiden Punkte sind relativ tief bewertet worden, das heisst mit 7 bei einer Skala von 1 bis 10. Dieses Resultat ist absolut ungenügend

und unter dem Benchmark, der bei 7,8 liegt. Unser Stadtbus liegt hier bei rund 7 Punkten. Ich habe bereits erwähnt, dass damit ein Bonussystem verbunden ist. Im Vertrag ist dies exakt geregelt. Der maximale Bonus oder die maximale Erfolgsbeteiligung liegt bei 45'000 Franken, wenn optimal erfüllt wird. Dies wird entsprechend bei schlechten Punktierungen bzw. Benotungen reduziert. Für 2010 lag dieser Bonus beispielsweise lediglich noch bei 25'000 Franken. Zwei Jahre davor im 2008 waren es 18'870 Franken von möglichen 45'000 Franken. Es ist ebenfalls in diesem Betriebsvertrag festgehalten, dass von diesen Bonuszahlungen die Transportunternehmung gehalten ist, einen Drittel als Barbetrag direkt an das Fahrpersonal auszuzahlen. Dieses Geld versiegt nicht irgendwo in den Taschen des Transportunternehmens, sondern es stellt einen direkten Anreiz dar, dass die Buschauffeusen und -chauffeure hier eine Leistungssteigerung erreichen.

Der Stadtrat hat letztes Mal, als er diese Bonuszahlung auslösen musste, klare Forderungen erhoben. Er hat diese entsprechend im Stadtratsbeschluss wie folgt festgehalten: *Der Stadtrat fordert klare Verbesserungen bei denjenigen Kriterien, wo die Abweichungen am höchsten sind. Es sind dies insbesondere die Kenntnisse und die Freundlichkeit der Fahrer sowie die angenehme Fahrweise*. Es ist nicht so, dass wir einfach durchwinken, sondern klar festgehalten haben, dass wir in diesen Bereichen wesentliche Verbesserungen erwarten. Es sind entsprechende Kurse angeboten worden. Nun warten wir wie Sie auf die Verbesserung der Resultate. Im Herbst dieses Jahres wird die nächste Umfrage durchgeführt werden. Bei anderen Kriterien wie Beleuchtung, Temperatur, Anzeige Haltestelle haben wir durchwegs gut abgeschnitten. Insbesondere Belüftung und Temperatur dürften mit den neuen Bussen deutlich bessere Werte erreichen. Ich habe es bereits gesagt, dass die Kenntnisse des Fahrers, Freundlichkeit und angenehme Fahrweise diejenigen Kriterien sind, bei denen noch deutliche Verbesserungen erzielt werden müssen. Dies zu diesem Punkt. Wir nehmen das sehr ernst und danken Ihnen für den Input aus dem 'Generationen-Workshop'.

Nun zur Vorlage selbst: Es ist so, dass wir ebenfalls keine Freude an dieser Tariferhöhung haben. Tariferhöhungen - das hat Gemeinderätin Verena Herzog ebenfalls gesagt - sind unpopulär. Wir sind uns bewusst, dass wir mit dieser Vorlage keine Euphorie auslösen. Allerdings kann ich die fundamentale Kritik der linken Ratsseite weder nachvollziehen noch gutheissen. Es wurde gesagt, dass die nationale Tarifrunde den Auslöser bildet. Sie können der Botschaft entnehmen, dass eine volle Überwälzung der Verteuerungen, die der Bundesrat beschlossen hat, Tariferhöhungen von 9% ergeben hätten. In sehr intensiven Verhandlungen mit dem VöV, der nun wirklich nicht rechtsbürgerlich dominiert ist, ist nun lediglich eine Erhöhung von 5,6% beschlossen worden. Der Tarifverbund Ostwind übernimmt diese Erhöhungen im gleichen Umfange und wir entsprechend auch, weil wir auf die Tarifhoheit mit dem Beitritt zum Tarifverbund Ostwind weitestgehend verzichtet haben. Das einzige, was wir machen können, ist Subventionen zu sprechen.

Es wurde auch vom GPK-Sprecher erwähnt, dass in allen Botschaften der vergangenen Jahre der Stadtrat mit Ihrer Unterstützung und derjenigen der Fachkommission klar die Linie verfolgt und dies auch immer so kommuniziert hat, dass die Subventionsschere kontinuierlich zu schliessen und auf keinem Fall weiter zu öffnen sei.

Wir haben gehört, dass der ÖV ohnehin schon sehr stark subventioniert ist. Er wird auch permanent und deutlich mehr als die Strassen ausgebaut. Ich muss Ihnen leider widersprechen, Gemeinderat Wildberger. Mit Verbilligungen werden Sie nicht wesentlich mehr Leute vom motorisierten Verkehr auf den ÖV bringen. Das ist auch kein Widerspruch zu unseren

Legislaturschwerpunkten. Was den ÖV attraktiver macht, ist ein Ausbau der Leistungen und ein attraktives Angebot. Das schenkt entsprechend ein, aber nicht einfach ein Giesskannenprinzip und Subventionen ausschütten.

Es wurde zu meinem Erstaunen heute die ganze Problematik betreffend Senioren noch einmal aufgerollt. Offenbar wurde in diesem Zusammenhang auch etwas nicht ganz verstanden oder es ist bezüglich des Vorbehalts nicht mehr ganz präsent. Im letzten September hat Ihr Rat einstimmig der Erhöhung der Seniorenabos zugestimmt. Sie haben uns lediglich für die Seniorenabos die Kompetenz erteilt, wenn die Tariferhöhungen im angekündigten Umfange eintreten würden, dass wir Ihnen dann nicht noch einmal eine separate Botschaft unterbreiten müssen, sondern direkt umsetzen können. Jetzt ist es für die Senioren nicht im erwähnten Umfange eingetroffen, sondern das Senioren-Monatsabo liegt nun 4 Franken und das Jahresabo 36 Franken über dieser Limite. Darum gelangen wir bezüglich der Senioren nochmals mit einer Botschaft an Sie. Über die anderen Tarife wurde im letzten September überhaupt nicht gesprochen. Deshalb kann ich auch nicht nachvollziehen, weshalb hier irgendwelche Parameter nicht eingehalten worden sein sollen. Ich bitte Sie, dem Begehren der Fraktion CH/Grüne/GLP nicht zu entsprechen. Es verhält sich nicht so, dass Sie einfach die Subventionssituation beim Status quo belassen würden, sondern Sie würden neue Subventionen schaffen. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, werden neue Kategorien von Billets und Abos geschaffen, die vorher nicht subventioniert waren und nun neu subventioniert würden. Ich denke, das kann es definitiv nicht sein!

Es wurde von Gemeinderat Lerch erwähnt, dass wir in der Zwischenzeit die Stellungnahme des Gemeinderats Gachnang erhalten haben. Dieser teilte uns mit, dass er an seiner Sitzung vom 18. Juni 2012 einstimmig abgelehnt habe, keine Tariferhöhung vorzunehmen. Gachnang stimmt der Tariferhöhung für die Lokalzone 21 also wie vorgesehen zu. Es käme somit zur unschönen Situation, dass wir innerhalb der gleichen Lokalzone entsprechende Abweichungen hätten.

Es wurde von Gemeinderat Peter Wildberger auch gesagt, dass in naher Zukunft ein Zusammenschluss von OTV und ZVV vor der Türe steht, vermutlich bereits 2013 oder 2014. Das wäre für die Bus- bzw. die ÖV-Benützer ein riesiger Vorteil. Deshalb sollten wir innerhalb des OTV zu diesem Zeitpunkt nicht noch zu zusätzliche 'Extrawürste' einführen. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. Besten Dank."

Der **Ratspräsident** lässt einzeln über die beiden stadträtlichen Anträge gemäss Botschaft Nr. 12 vom 15. Mai 2012 abstimmen.

Abstimmungen

Antrag 1: Diesem Antrag wird mit 22 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 2: Mit 22 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen wird auch dem Antrag 2 zugestimmt.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Den Fahrausweistarifen für die Lokalzone 21, Frauenfeld/Gachnang, wird zugestimmt:

a.	Einzelbillett Erwachsene, Normaltarif	2.30 Franken
b.	Einzelbillett Halbtax-Abo	2.10 Franken
c.	Einzelbillett Kinder	1.00 Franken
d.	Mehrfahrtenkarte Erwachsene, Normaltarif (6 Fahrten)	12.70 Franken
e.	Mehrfahrtenkarte Halbtax-Abo (6 Fahrten)	11.60 Franken
f.	Mehrfahrtenkarte Kinder (6-16 Jahre, 6 Fahrten) / Hund	5.50 Franken
g.	Monatsabonnement Erwachsene, Normaltarif	63.00 Franken
h.	Monatsabonnement, Senioren	63.00 Franken
i.	Monatsabonnement, Junior (bis 25 Jahre) / Hund	49.00 Franken
k.	Monatsabonnement, Schüler (6-16 Jahre)	28.00 Franken
l.	Jahresabonnement Erwachsene, Normaltarif	474.00 Franken
m.	Jahresabonnement, Senioren	474.00 Franken
n.	Jahresabonnement, Junior (bis 25 Jahre) / Hund	355.00 Franken
o.	Jahresabonnement, Schüler (bis 16 Jahre)	252.00 Franken

2. Die Tarife treten am 9. Dezember 2012 in Kraft.

51
Interpellation Gemeinderat Peter Hausammann betreffend "Transparente und klare Abschreibungspraxis"

Stellungnahme, eventuell Diskussion

(Interpellationstext und Begründung im Protokoll der Sitzung vom 30. November 2011, Traktandum 26.4, Seiten 103 bis 104; Beantwortung mit Stadtratsbeschluss Nr. 172 vom 19. Juni 2012)

Bevor der **Ratspräsident** dem Interpellanten Gemeinderat Peter Hausammann das Wort erteilt, vermeldet er, dass Gemeinderat Lukas Hefti den Saal verlassen hat. Somit sind nur noch 35 Ratsmitglieder anwesend und das absolute Mehr beträgt 18.

Gemeinderat Peter Hausammann: "Positiv ist, dass der Stadtrat grundsätzlich bereit ist, die kritisierte Abschreibungspraxis zu ändern. Enttäuschend ist aber, dass der Stadtrat den zweiten Schritt nicht machen und die vorgeschlagenen Änderungen auf die lange Bank schieben will. Die Einführung von HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell 2) in den Jahren 2015 oder 2016, mit welcher der Stadtrat argumentiert, spricht überhaupt nicht dagegen, dem Grundanliegen einer transparenten Rechnungslegung jetzt nachzuleben. Enttäuschend ist auch, dass der Stadtrat inhaltlich überhaupt nicht auf die Grundproblematik eingegangen ist. Ich beantrage Diskussion."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine Einwände dagegen vorliegen. Er lässt über den Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann um Diskussion über die Interpellation betreffend "Transparente und klare Abschreibungspraxis" abstimmen.

Abstimmung: Der Rat stimmt mit grossem Mehr dem Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann betreffend Diskussion zur Interpellation "Transparente und klare Abschreibungspraxis" zu.

Gemeinderat Peter Hausammann: "Um die Diskussion zu vereinfachen und meinem Grundanliegen einen Stein aus dem Weg zu räumen, wiederhole ich, was ich im Vorfeld zuhanden der Fraktionen und des Stadtrats bereits klar gemacht habe: Gewisses Verständnis habe ich für eine Verschiebung des Wechsels von degressiven auf lineare Abschreibungen - das ist die Massnahme gemäss Ziff. 5 der Interpellation -, weil das mit gewissem Aufwand verbunden ist. Dieser Punkt ist für mich nicht der wichtigste. Mir geht es in erster Linie um mehr Transparenz, sei es auch einstweilen mit degressiven Abschreibungen. Ich bin deshalb bereit, diese Massnahme fallen zu lassen.

Damit zum Thema: Worum geht es eigentlich?

Formal und vordergründig um die Abschreibungspraxis. Es geht aber um mehr: Mein Grundanliegen ist mehr Transparenz in der Rechnungslegung, und zwar nicht in einer kleinen Gemeinde mit wenig Stellenprozenten im Gemeinderat und in der Verwaltung, sondern in der Thurgauer Kantonshauptstadt, die sonst in vielen Bereichen selbstbewusst eine Führungsrolle beansprucht und dies auch tun soll. Es geht nicht um Transparenz als Selbstzweck, sondern um Transparenz im Dienste der Bürgerfreundlichkeit.

Der Stadtrat hat dies offenbar verkannt, sonst hätte er wohl nicht nonchalant erklärt, er wolle auf die Einführung von HRM2 in den Jahren 2015 oder 2016 warten - es wird wohl wie meistens ohnehin später - ohne inhaltlich auf die Problematik einzugehen.

Das Grundübel liegt in der unterschiedlich hohen Abschreibung des Verwaltungsvermögens - mal mehr, mal weniger - je nachdem, wie gross im aktuellen Jahr gerade die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand exkl. Abschreibungen ist. Dieses Grundübel hat unerwünschte Folgen, vorsichtig ausgedrückt.

Erste Folge: Ich glaube, wir sind uns einig, dass der Gewinn oder der Verlust in der Laufenden Rechnung, also das Ergebnis der Erfolgsrechnung, eine wichtige Grösse darstellt, denn dieses Ergebnis ist letztlich für die Finanzpolitik entscheidend. So steht es zumindest in der Botschaft zum Voranschlag 2012, allerdings nicht im demjenigen der Stadt Frauenfeld, sondern des Kantons Thurgau. Trotzdem, trotz der Wichtigkeit dieser Grösse wird diese entscheidende Zahl im Budget nicht ausgewiesen. Ausgewiesen wird nur der Bruttoertragsüberschuss. Der Gewinn ist laut Budget immer Null, immer Null, Null, Null. Oder anders ausgedrückt: Weil man im Voranschlag nicht Gewinn oder Verlust ausweisen will, schreibt man einfach den gesamten Cash-Flow ab und präsentiert einen allerdings nur formal ausgeglichenen Voranschlag. In der Rechnung wird dann der Saldo, das Ergebnis der Laufenden Rechnung, als die Differenz zwischen dem budgetierten und dem tatsächlichen Bruttoertragsüberschuss ausgewiesen. Das hat mit dem tatsächlichen Gewinn oder Verlust nicht viel zu tun. Die Ertrags-

lage wird nicht transparent dargestellt. Was würden wohl die Aktionäre an der Generalversammlung sagen, wenn ihnen Geschäftsleitung und Verwaltungsrat eine solche Rechnung vorlegen würden?

Zweitens werden - bei nicht ausgewiesenem Gewinn - mit übermässigen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens stille Reserven gebildet, statt sauber deklarierte Reserven durch Zuweisung des Rechnungsüberschusses in das Eigenkapital. Auch die Vermögenslage wird somit nicht transparent dargestellt.

Drittens hat das zur Folge, dass der Gemeinderat bei der Genehmigung der Rechnung in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt wird, weil er nicht über die Verwendung des gesamten eigentlichen Gewinnes entscheiden kann, sondern eben nur noch über einen allfälligen Überschuss im Vergleich zum Voranschlag.

Viertens wird dadurch der Vergleich der Rechnungsergebnisse unnötig erschwert, weil man eben nicht vergleichen kann, wie weit sich der Gewinn in diesen Jahren nach Abzug der notwendigen Abschreibungen beläuft, sondern man kann nur die Bruttoertragsüberschüsse vergleichen.

Wenn die Erträge nicht ausreichen - das ist der andere Fall -, um die notwendigen Abschreibungen zu tätigen - das war ja bei den Voranschlägen 2011 und 2012 der Fall - ist die bisherige Praxis - ich habe schon mal darauf hingewiesen - rechtswidrig. Die Gemeindeordnung, unsere Stadtverfassung, verpflichtet ausdrücklich zur Buchführung gemäss den kantonalen Vorgaben. Das kantonale Recht schreibt Mindestsätze für die Abschreibungen vor. Um Abschreibungen in diesem Ausmass und Ausweisung eines entsprechenden Defizits in knappen Zeiten kommen wir also ohnehin nicht herum. Es ist für mich nicht erklärbar, weshalb der Stadtrat davon nichts wissen will und riskiert, dass er allenfalls auf Beschwerde hin aufsichtsrechtlich zu korrekten Mindestabschreibungen gezwungen wird.

Dass diese Abschreibungspraxis und der damit verbundene Rechnungsausweis veraltet ist, zeigt sich auch daran, dass die Gewinne aus den Immobilienverkäufen nicht in der Laufenden Rechnung ausgewiesen, sondern an dieser vorbei direkt in das Eigenkapital verbucht werden. Das hat zur Folge, dass das Ergebnis der Gesamtrechnung falsch ausgewiesen wird. Ich erinnere Sie an die Rechnungsdebatte an der letzten Sitzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Stadtrat an seiner altehrwürdigen Praxis festhalten will, einer Praxis, die zuwenig transparent ist, die nicht dem anerkannten Standard entspricht, und die bei knappen Budgets bzw. Rechnungen rechtswidrig ist, dann liegt es am Parlament, an uns, den Lead zu übernehmen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger an transparenten Budgets und Rechnungen mit transparent ausgewiesenen Ergebnissen in der Laufenden Rechnung und in der Gesamtrechnung, aber auch in unserem ureigenen Interesse an einer möglichst grossen Handlungsfähigkeit. Dafür müssen wir ganz sicher nicht auf HRM2 warten. Die in der Interpellationsantwort (Seite 3, unten) aufgeführten auf uns zukommenden Änderungen haben damit überhaupt nichts zu tun; die können wir unabhängig von der heute dringend gebotenen Verbesserung später mit HRM2 machen. Man würde sagen: 'Andere Baustelle'.

Die geforderte Praxisänderung ist ohne grossen Aufwand möglich. Es braucht entgegen der Auffassung des Stadtrats keineswegs eine Motion, die mit einer entsprechenden Verzöge-

rung verbunden wäre. Vielmehr kann dies dank des Königsrechts des Parlaments, der Budgethoheit, kurz und schmerzlos bewerkstelligt werden. Unser Rat kann ohne weiteres beim nächsten Budget die Abschreibungen nach konstanten Sätzen festlegen, und dann eben einen Gewinn oder einen Verlust ausweisen. Um Diskussionen über die 'richtigen' konstanten Abschreibungssätze zu vermeiden, könnte man sich auf die geltenden Mindestsätze (Immobilien 8% etc.) verständigen. Dies würde meines Erachtens reichen. Das würde auch mit der Lebensdauer verglichen mit den linearen Abschreibungssätzen Sinn machen. Die Restbuchwerte sind ja bekannt.

Ich hoffe, dass sich der Stadtrat doch noch bewegt und die Abschreibungspraxis - halt weiterhin mit degressiven Abschreibungen - wie vorgeschlagen mit dem nächsten Voranschlag ändert sowie die Ergebnisse der Laufenden Rechnung und der Gesamtrechnung sauber und transparent ausweist. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Sonst käme die Sache in der Budgetberatung wieder aufs Tapet."

Gemeinderat Michael Hefti: "Ich spreche im Namen der Fraktion CVP/EVP.

Schon seit jeher ist unsere Fraktion für eine transparente und voraussehbare Abschreibungspraxis, wie verlangt. In diesem Sinne unterstützen wir das Anliegen von Peter Hausammann inhaltlich voll und ganz. Das Bilden von stillen Reserven und das Jonglieren mit Zahlen zwecks einer ausgeglichenen Rechnung ist nicht unser Ziel. Vielmehr sind wir einstimmig für einen festen Abschreibungssatz, ob degressiv oder linear ist noch zu klären. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Stadt in den vergangenen Jahren fast immer zu hoch abgeschrieben hat und es einige magere Jahre mit einem roten Abschluss leiden kann, sollte denn der fest definierte Abschreibungssatz zu einem negativen Rechnungsergebnis führen.

In der Umsetzung sehen wir die Einwände des Stadtrates, welcher auf die baldige Umstellung auf HRM2 verweist. Es erscheint uns ungünstig, die Neuerungen etappiert umzusetzen. Vielmehr ist es sinnvoll, auf einen Zeitpunkt gleich die ganze Rechnungslegung umzustellen, inkl. der Abschreibungspraxis. Besten Dank."

Gemeinderat Pascal Frey: "Unsere Fraktion hat die Interpellationsantwort des Stadtrates zur Kenntnis genommen, ist jedoch mit der Antwort ebenfalls nicht einverstanden. Der Stadtrat ist ja grundsätzlich bereit, die kritisierte Abschreibungspraxis zu ändern. Die Frage stellt sich einfach, ab wann. Wir finden, dass die Änderungen nicht auf die lange Bank geschoben werden sollten, sondern bereits beim nächsten Budget 2013 angewandt werden müssen. Die Umstellung sollte auch aus unserer Sicht ohne grossen Aufwand machbar sein.

Mit fix budgetierten Abschreibungssätzen herrscht Transparenz und je nach Aufwand und Ertrag wird die Stadt zukünftig einen Gewinn oder ein Defizit in der Jahresrechnung ausweisen können bzw. müssen. Unser Rat, wie auch das Volk, wissen dann genau, wie die Ertragslage im Vorjahr war und wie die aktuelle Vermögenslage der Stadt ist. Besten Dank."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Wir haben an unserer Fraktionssitzung die Interpellation Hausammann sowie die Beantwortung des Stadtrates ausführlich diskutiert. Ich kann mich kurz fassen. Die Fraktion SVP/FDP/EDU steht hinter den Ausführungen des Stadtrates und ist

mit dem aufgezeigten Vorgehen einverstanden, müssen doch mit der Einführung des HRM2 (2015/2016) die Abschreibungspraxis und andere Punkte in der Rechnungslegung geändert werden. Wir haben also Zeit, bis zu diesem Zeitpunkt zuzuwarten."

Gemeinderat Christian Schmid: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP. Wir begrüssen einstimmig diesen Vorstoss von Gemeinderat Peter Hausammann und sind erfreut, dass der Stadtrat in seiner Antwort ebenfalls Handlungsbedarf sieht. Allerdings fragen wir uns, warum zur Herstellung von mehr Transparenz noch mehrere Jahre zugewartet werden soll. Wir finden, das kann bereits heute umgesetzt werden, einmal abgesehen von der Umstellung auf lineare Abschreibungssätze. Und wir wissen ja, dass es gemacht werden muss. Und darum unsere Empfehlung an den Stadtrat: 'Verschiebe nie auf morgen, was du heute kannst besorgen'.

Wir finden zudem, dass der Stadtrat folgende formelle Punkte im Zusammenhang mit diesem Vorstoss in Zukunft für andere Vorstösse beachten sollte:

1. Die Antwort des Stadtrates erhielten wir Mitglieder des Gemeinderates 12 Tage vor der Sitzung. Für das Versenden des Protokolls gilt eine Frist von 20 Tagen gemäss Gemeindeordnung. Das gilt auch für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen, somit auch für diese. Die Mitglieder des Gemeinderates benötigen ebenfalls Zeit, um sich seriös vorbereiten zu können und für die Diskussion in den Fraktionen. Kann diese Frist nicht eingehalten werden, ist das Geschäft halt auf die nächstfolgende Sitzung zu verschieben.

2. Wie wir an der Jahresversammlung des Abwasserverbandes erfahren haben, wird Finanzchef Ruedi Studer offenbar per Ende Jahr in den Ruhestand treten. Die Nachfolgeregelung wurde aber unseres Wissens noch nicht eingeleitet. Gerne würden wir vom Stadtrat vernehmen, was der aktuelle Stand ist und wie der Zeitplan für die Besetzung dieser Schlüsselstelle in der Stadtverwaltung aussieht.

3. Und last but not least: Was die Traktandierung dieses Geschäftes betrifft, sind wir der Meinung, dass zukünftig parlamentarische Vorstösse in der Reihenfolge vor allen anderen Sachgeschäften zu behandeln sind, da sie aus unserer Runde kommen und deshalb in der Wichtigkeit Vorrang haben sollten. Besten Dank."

Gemeinderat Heinrich Christ: "Nur ein Gedanke zum Abschluss: Es ist schön, dass offenbar viele in diesem Raum mehr oder weniger der Meinung sind, die Abschreibungspraxis sei zu ändern. Von einem Votanten wurde dies so dargestellt, dass es eine unheimlich schwierige Änderung wäre. Ich denke, da unterschätzen wir die Fachkenntnisse unserer Finanzverwaltung. Ich denke auch, diese Änderung im Dienste von mehr Transparenz und einer gelebten direkten Demokratie wäre auf jeden Fall bis nächsten Herbst oder Winter machbar."

Stadtammann Carlo Parolari: "Gemeinderat Peter Hausammann hat eine Interpellation eingereicht und eine Interpellation ist gemäss Geschäftsreglement eine Anfrage an den Stadtrat. Die Frage war, ob der Stadtrat bereit ist, das bisherige Modell zu ändern. Weiter hinten wurde aufgeführt, dies wäre allenfalls möglich, zum Beispiel auf den Voranschlag 2013 hin.

Der Stadtrat hat diese Einfache Anfrage auch beantwortet und gesagt: Jawohl, Herr Gemeinderat Hausammann, das machen wir, aber wir erachten es als sinnvoll, dies erst im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 zu bewerkstelligen. Wir haben in dieser Frage also lediglich eine zeitliche Differenz und deshalb sind wir auch inhaltlich bzw. materiell nicht darauf eingegangen, weil wir eben im Grundsatz zustimmen. Wir haben klar gesagt, dass wir einen sofortigen Wechsel als nicht sinnvoll erachten. Ich glaube, es entsteht dadurch nicht mehr Transparenz. Im Gegenteil, wir hätten sonst während zwei bis drei Jahren eine Ansammlung von Fussnoten im Voranschlag bzw. in der Rechnung, weil verschiedene Systeme zur Anwendung kämen. Die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren würde erheblich leiden. Es gibt den ganz wichtigen Rechnungslegungsgrundsatz der Konstanz. An den hat sich der Stadtrat gehalten. Seit Einführung von HRM1 im Jahre 1985, das sind jetzt immerhin 27 Jahre, wurde diese konstante Praxis in Absprache und Genehmigung von Ihnen als Parlament, sowie mit Genehmigungen des Kantons, der RPK und der externen Revisionsstelle jeweils durchgeführt. Diese Praxis wurde nie beanstandet und auch nie formell in Frage gestellt. Wir werten in diesem Punkt ganz einfach den Grundsatz der Konstanz höher als einen sofortigen Wechsel. Wir wollen das auch nicht auf die lange Bank schieben, wie Gemeinderat Pascal Frey gesagt hat. Wir sprechen von absehbaren zwei bis drei Jahren bis zur Einführung dieses HRM2.

Zu den Anmerkungen von Gemeinderat Christian Schmid betreffend Frist, die ich durchaus nachvollziehen kann, muss ich festhalten, dass jeweils das Ratspräsidium die Traktandenliste festlegt und auch die Reihenfolge der Geschäfte, wenn auch zugegebenermassen auf unseren Vorschlag hin. Letztendlich hat aber das Gemeinderatspräsidium das letzte Wort. Wenn die Frist als zu kurz erachtet wird, dann müsste ein solches Geschäft einfach auf die nächste Ratssitzung hin verschoben werden.

Zur Frage betreffend Nachfolgeregelung von Finanzchef Ruedi Studer: Es ist so, dass unser Finanzchef per Ende Jahr aufgrund der Erreichung des Pensionsalters in den ordentlichen Ruhestand tritt. Der Stand ist der, dass die Inserate jetzt aufgegeben worden sind. Wir mussten zuwarten, sonst hätten wir dies deutlich früher gemacht, weil ein direkter Zusammenhang mit der Reorganisation der PK besteht. Es geht eben auch um die Funktion als Geschäftsführer der PK und es kam darauf an, ob diese Funktion in der Stellenausschreibung zu berücksichtigen ist oder nicht. Erst vor einigen Tagen herrschte darüber endgültig Klarheit. Deshalb erfolgte die Ausschreibung via Inserate erst zum jetzigen Zeitpunkt und das Rekrutierungsverfahren nimmt nun seinen Lauf. Besten Dank."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ausnahmsweise ergreife ich nach dem Votum des Stadtammanns noch einmal das Wort, was ja zulässig ist. Normalerweise halte ich mich in dieser Hinsicht zurück. Hier muss ich es aber doch tun.

Vorerst herzlichen Dank, dass Sie inhaltlich gleicher Meinung sind. Wenn man materiell nicht Stellung bezieht, weil man gleicher Meinung wie ich ist, dann habe ich nichts dagegen einzuwenden. Das ist klar.

Das Argument aber, der sofortige Wechsel sei nicht opportun, weil man, wenn ich es richtig verstanden habe, Konstanz vor Transparenz höher gewichtet und auch keine Ansammlung von Fussnoten will sowie die Vergleichbarkeit zu früher nicht mehr gegeben sei, trifft das einfach nicht zu. Ich habe es vielleicht zu wenig klar gesagt. Die Vergleichbarkeit zu früher ist

absolut genau gleich gegeben. Neu wird zusätzlich zum Bruttoertragsüberschuss der Gewinn oder der Verlust ausgewiesen. Die Bruttoertragsüberschüsse haben wir auch in Zukunft. Diese sind von dem gar nicht betroffen. Da können wir selbstverständlich all diese Listen bzw. diese Kennzahlen genau gleich weiter führen. Zusätzlich haben wir einfach ab dem Zeitpunkt, wo wir dies einführen, neu diese ausgewiesenen Gewinne."

- - -

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die speditive Mitarbeit wie auch für den schönen Blumenschmuck der Stadtgärtnerei. Ihnen allen wünsche ich eine schöne Sommerzeit, gute Erholung und freue mich, Sie am 1. August zum Nationalfeiertag im Alterszentrum Park begrüssen zu dürfen. Das ist nicht eine offizielle Sitzung, aber ich würde mich über Ihr Erscheinen freuen. Für den Ratsbetrieb erwarte ich Sie dann wieder am 19. September 2012 um 18.00 Uhr hier im kühlen Bürgersaal.

Die Mitglieder der GPK Finanzen und Administration werden gebeten, noch hier zu bleiben und sich zum Kommissionspräsidenten zwecks einer Terminabklärung zu begeben. Für die übrigen Ratsmitglieder ist die Sitzung geschlossen. Ich wünsche noch einen schönen Abend."

- - -

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

* * *